

Privatschulinitiative – NEIN!

Von Bea Fünfschilling

Bringen die freie Schulwahl und die Finanzierung der Privatschulen die gewünschte Optimierung der Lernerfolge für unsere Kinder und Jugendlichen? Sind sie bezahlbar?

Eine wissenschaftliche Expertise kommt zu einem glasklaren Ergebnis!

Soeben ist eine vom Kanton Bern an **Prof. Dr. Jürgen Oelkers** in Auftrag gegebene **Studie** zum Thema Bildungsgutschein und freie Schulwahl publiziert worden. Sie basiert auf Untersuchungen und Vergleichen von amerikanischen, englischen und skandinavischen Modellen und kommt – gemäss Kurzfassung – zu folgenden Schlüssen:

- **Im Bereich der öffentlichen Schule würden mit der flächendeckenden Einführung von Bildungsgutscheinen die Kosten erheblich steigen.**
- **Die Forschung kann bisher nicht erkennen, dass Bildungsgutscheine und freie Schulwahl bessere Bildungserfolge bringen würden.**
- **Die empirischen Studien zur Umsetzung zeigen eher bedenkliche Ergebnisse, vor allem im Hinblick auf die Segregation (=Ausgrenzung).**
- **Die mit dem Bildungsgutschein eröffneten Möglichkeiten werden gar nicht ausgenutzt, vorwiegend kommen Bildungsgutscheine als traditionelle Stipendien zum Einsatz.**

Zusätzlich weist die Studie nach:

- Mehr Wettbewerb steigert weder die Qualität der öffentlichen Schule noch die Leistungen der Schülerinnen und Schüler.

- In der Schweiz gibt es keine Rankings, die die Qualität der Schulen ausweisen würden. Bei der freien Wahl entstünden eher Risiken als Chancen.

- Transporte zu verschiedenen Schulen sind besonders für kleine Kinder nicht beliebig zumutbar. Schon dadurch ist eine echte freie Schulwahl eingeschränkt.

- Von der Wahlfreiheit profitieren vor allem die mittleren und hohen Einkommen. Das Niveau der Chancengleichheit steigt.

- Die OECD sieht erhebliche Risiken in der freien Schulwahl, weil Eltern mit höherer Schulbildung besser informiert sind und ihren Kindern Vorteile verschaffen können.

- Die freie Schulwahl schwächt die gesellschaftliche Integration und hat Zugangsprobleme zur Sekundarstufe II zur Folge.

- Die öffentlichen Schulen würden Gefahr laufen, nur noch ein Auffangbecken für bildungsfernere Schichten zu sein.

- Die Finanzierung der Privatschulen zieht die für die öffentliche Schule dringend notwendigen Ressourcen für Schulentwicklung ab.

- Wegen der unterschiedlichen Finanzierungsmodelle und Gesetzgebungen sind Modelle anderer Länder nicht einfach auf die Schweiz übertragbar.

- Mit Ausnahme der Initiative der Elternlobby und kleineren andern Vorstössen in der Schweiz liegen in Europa keine konkreten politischen Programme vor.

- Eine freie Schulwahl ohne Begrenzung, wie sie in der formulierten Initiative der Elternlobby schweizweit gefordert wird, gibt es sonst nirgendwo. Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Schulen weisen sonst immer Beschränkungen im Radius, im Typus von Schulen und in Reglementen auf.

- In deutschsprachigen Gebieten gibt es keine Modelle mit Bildungsgutscheinen und kaum Erfahrungen mit freier

Schulwahl. In Deutschland sind gerade Vorschläge gescheitert, die Erziehung in den Kinderbetreuungsangeboten bundesweit mit Gutscheinen zu finanzieren.

- Für die Schulträger (Kanton und Gemeinden) ist die Schule nicht mehr plan-, geschweige denn bezahlbar.

Die Studie zeigt auch auf, dass viele von den Initianten angestellte Vergleiche mit nordeuropäischen Ländern mit Vorsicht zu geniessen sind. So werden beispielsweise in Holland nur von einer gewissen Anzahl von Eltern gegründete Privatschulen finanziert und nicht – wie behauptet – alle.

Deshalb empfehlen Wirtschaftsvertreter, Konferenzen, Personalverbände und immer mehr Politikerinnen und Politiker aller Parteien die konsequente Ablehnung dieser unsinnigen, nicht durchdachten Initiative.

www.privatschulinitiative-nein.ch